



Stephan Weil

Peter-Jürgen Schneider

Die „schwarze Null“ steht – der Ausgleich zwischen Haushaltskonsolidierung und inhaltlicher Schwerpunktsetzung gelingt Dank solider Finanzplanung

Mit der Mipla 2016 - 2020 führt die Niedersächsische Landesregierung ihr finanzpolitisches Konzept, spätestens im Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, zum Ziel und sichert es nachhaltig ab.

Bereits 2018 – und damit zwei Jahre früher als bisher geplant und nach den Vorgaben des Grundgesetzes gefordert – erreicht Niedersachsen einen Haushaltsausgleich ohne Nettoneuverschuldung.

Das Land hat zum Ende des Planungszeitraums und erstmals in der Geschichte des Landes kein strukturelles Defizit.

Niedersachsen erreicht das Ziel einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung durch einen entschlossenen Sanierungskurs und eine vorausschauende Mittelbewirtschaftung. Auch die Entwicklung der Steuereinnahmen und das niedrige Zinsniveau haben den Konsolidierungskurs positiv begünstigt. Gleichzeitig hat das Land aktuelle Entwicklungen im Blick behalten und politischen Handlungsspielraum für eine inhaltliche Priorisierung geschaffen. So mündet der Defizit-Sinkflug bereits 2018 in einen ausgewogenen Haushaltsausgleich ohne neue Schulden aber auch ohne „Kahlschlag“-Politik in zentralen Zukunftsfeldern.

Die Bewältigung des Flüchtlingszustroms von der ersten Aufnahme und Unterbringung bis zur erfolgreichen Integration wirkt sich unmittelbar und in erheblichem Maß auf die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen des Landes und der Kommunen aus. Dabei steht außer Frage, dass Schutzsuchende in Niedersachsen die erforderliche Hilfe erhalten und Belastungen der Kommunen abgedeckt werden. Um dies zu erreichen, hat das Land seine Ausgaben enorm aufgestockt.

In 2015 erhielten die Kommunen bereits rund 534 Millionen Euro im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen – einschließlich der Mittel für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer. In 2016 wird dieser Betrag unter Berücksichtigung einer Vorauszahlung für die Jahre 2017 und 2018, der Erhöhung der Kostenabgeltungspauschale auf 10.000 Euro sowie der Verkürzung des Berechnungszeitraums bereits insgesamt rund 856 Millionen Euro betragen. Hinzu kommen

weitere rund 188 Millionen Euro im Zusammenhang mit der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer. 2017 werden hierfür rund 272 Millionen Euro und 2018 rund 198 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Stand bislang die schnelle und angemessene Unterbringung der Flüchtlinge im Vordergrund, rückt mittlerweile das Ziel der erfolgreichen Integration stärker in den Fokus. Die Landesregierung ist überzeugt: Eine erfolgreiche Integration erfolgt insbesondere über die Sprache. Daher hat sie beschlossen, die Anfang Juli vom Bund zugesagten Mittel der Integrationspauschale weitgehend in eine breit angelegte Sprachförderoffensive fließen zu lassen. Insgesamt werden in den nächsten beiden Jahren für Integration und Sprachförderung mehr als 430 Millionen Euro ausgegeben.

Damit wird Niedersachsen in diesem und den beiden nächsten Jahren zusammen mehr als 4,9 Milliarden Euro für vielfältige Maßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms zur Verfügung stellen und so den Weg für eine erfolgreiche Integration ebnen.

Trotz des entschlossenen Sanierungskurses und der stark gestiegenen Ausgaben zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms wird die eingeschlagene Strategie zukunftsweisender Investitionen konsequent fortgesetzt.

Niedersachsen investiert in die Gesundheitsversorgung. Über den Planungszeitraum bis 2020 werden insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro in den Krankenhausbau fließen.

Auch im Bildungsbereich investiert die Landesregierung nachhaltig. Vom weiteren Ausbau im Ganztags schulbereich über die Stärkung der Inklusion hin zu einer 100 Prozent Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen sowie der schulischen Sozialarbeit und Förderung im frühkindlichen und vorschulischen Bereich werden umfangreiche Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt. Allein für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an allgemein bildenden Schulen werden in den beiden kommenden Jahren insgesamt 2.160 neue Lehrerstellen geschaffen. Weitere 160 Stellen werden für das erfolgreiche Sprach- und Integrationsprojekt „SPRINT“ für Jugendliche mit Fluchtgeschichte an den berufsbildenden Schulen eingerichtet.

Weiterhin hat die Landesregierung ein Bauunterhaltungspaket in Höhe von 150 Millionen Euro zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur beschlossen. Diese Gelder fließen in den Erhalt der Landesstraßen, in den Bauunterhalt sowie energetische Sanierungsmaßnahmen und leisten einen wichtigen Beitrag zum Abbau des bestehenden Sanierungsstaus und dem Erhalt und der Sicherung von Landesvermögen.

Die Kernbotschaft ist eindeutig:

Mit der Mittelfristigen Finanz- und Aufgabenplanung 2016 - 2020 bildet Niedersachsen einen großen finanzpolitischen Erfolg ab. Trotz großer aktueller Herausforderungen und ohne Verzicht auf notwendige Zukunftsinvestitionen erreichen wir erstmals in der Geschichte des Landes einen Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme, ohne strukturelles Defizit und ohne verbleibende Deckungslücken. Der finanzpolitisch notwendige Dreiklang ist geschafft und die Einhaltung der Schuldenbremse gesichert.

Auch im Ländervergleich ist dies eine bemerkenswerte Leistung, auf die Niedersachsen zurecht stolz sein kann.

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

Peter-Jürgen Schneider
Niedersächsischer Finanzminister

Inhaltsübersicht	Seite
Teil I: Mittelfristige Finanzplanung	09
1. Gesetzliche Grundlagen und Aufgabe der Mittelfristigen Planung	11
2. Gesamtwirtschaftliche Situation und wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen	11
3. Finanzpolitische Ausgangslage und Konzeption	13
3.1 Steuereinnahmeentwicklung nach wie vor positiv	13
3.2 Ausgewogener Ausgleich zwischen erfolgreicher Haushaltskonsolidierung und inhaltlicher Schwerpunktsetzung	14
Die schwarze „0“ steht - bei der Nettokreditaufnahme...	15
...dem strukturellen Defizit...	16
...und mit Planungsjahren ohne offene Deckungslücken	18
3.3 Neues Bauunterhaltungspaket stärkt die öffentliche Infrastruktur	19
3.4 Flüchtlingssituation: Große Herausforderungen gemeinsam schultern	20
Unterstützung der Kommunen...	20
...wird fortgesetzt und intensiviert: Nachtragshaushaltsplanentwurf 2016	20
3.5 Sondervermögen zur Bewirtschaftung von zweckgebundenen Einnahmen schafft Transparenz	22
3.6 Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit durch Begrenzung der Ausgabeentwicklung	22
3.7 Verfassungsrechtliche Regelgrenze des Artikels 71 NV und Schuldenbremse werden deutlich eingehalten	24
Die Nettokreditaufnahme steht im Einklang mit der verfassungsrechtlichen Regelgrenze des Artikels 71 NV...	24
...und erfüllt gleichsam die Anforderungen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse	25
3.8 Finanzpolitische Stabilität gesichert	26
3.9 Schuldenquote, Zinssteuerquote und Primärsaldo zeigen Erfolge in der Haushaltskonsolidierung	28
3.10 Steigende Versorgungsausgaben als Herausforderung künftiger Haushalte	31
4. Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen	33
5. Struktur der Einnahmen	37
5.1 Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, Kfz-Steuer-Kompensation und Förderabgabe	37
5.2 Einnahmen vom Bund	38
5.3 Sonstige Einnahmen	39
5.4 Haushaltsdeckungskredite	39
6. Struktur der Ausgaben	40
6.1 Personalausgaben	40
Entwicklung des Stellenbestandes und des Beschäftigungsvolumens	40
Umsetzung von Einsparungen im Personalbereich als Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts	41
6.2 Sachausgaben	42
6.3 Zinsausgaben	42
6.4 Übertragungsausgaben	43
6.5 Zahlungen an den kommunalen Bereich	43
6.5.1 Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes	44
6.5.2 Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes	44
6.6 Investitionsausgaben	46
6.7 Gemeinschaftsaufgaben (GA)	48
6.8 Globale Minderausgaben	48

Teil II: Mittelfristige Aufgabenplanung	49
1. Finanzpolitische Rahmenbedingungen der Aufgabenplanung	51
2. Schule, Bildung und Kultur	52
2.1 Mehr Qualität für die gute Bildung der Kinder und Jugendlichen	52
2.2 Ernährungsbezogene Verbraucherbildung - Schulobstprogramm	53
2.3 Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und Forschung sichern	53
2.4 Kulturförderung	56
2.5 Erwachsenenbildung	56
3. Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen	57
3.1 Unterbringung und Versorgung in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes	57
3.2 Kostenabgeltung an Kommunen	58
3.3 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	58
4. Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung	58
4.1 Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und des Quotalen Systems	58
4.2 Weitere Inklusionsvorhaben	58
5. Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe	59
6. Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind	59
7. Krankenhäuser zukunftsfest machen	60
8. Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels	60
8.1 Gesundheitsregionen	60
8.2 Soziale Gesundheitswirtschaft	61
8.3 Pflege	61
8.3.1 Wohnen und Pflege im Alter	61
8.3.2 Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum	61
8.3.3 Schulgeldfreiheit gesetzlich absichern	62
8.4 Seniorenpolitik, Förderung von Beratungsstrukturen für ältere Menschen	62
8.5 Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen	62
9. Migration und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als Querschnittsaufgabe	63
9.1 Maßnahmen zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Teilhabe	63
9.2 Beratungsangebot zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung	65
9.3 Bündnis „Niedersachsen packt an“	65
10. Städtebauförderung - Deutliche Aufstockung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“	65
11. Regionale Landesentwicklung und EU-Strukturfonds	66
11.1 Regionale Landesentwicklung	66
11.2 Förderperiode 2014 - 2020	67
11.2.1 EFRE- und ESF-Programme	67
11.2.2 ELER-Programm	67
11.2.3 EMFF-Programm	68
12. Sicherheit	68
12.1 Innere Sicherheit stärken - Technische Innovation in der Polizei	68
12.2 Zukunftsfähige wirtschaftliche Gestaltung der IT-Infrastruktur der Polizei und Verlagerung deren Betriebs zu IT.N	69
12.3 Neuordnung der Leitstellenstruktur der niedersächsischen Gefahrenabwehrbehörden	69
13. Digitalisierung der Landesverwaltung	70
14. Steueraufkommen durch gerechten Vollzug sichern	70

15.	Wichtige Infrastrukturmaßnahmen	71
15.1	Planungs- und Bauaufgaben für die Straßeninfrastruktur	71
15.2	Landesstraßen	71
15.3	Investitionen für die niedersächsischen Seehäfen	72
16.	Justiz	72
16.1	Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte - Digitale Zukunft in der niedersächsischen Justiz	72
16.2	Verbesserung der Personalausstattung der niedersächsischen Justiz	72
17.	Umweltschutz	72
17.1	Wasserwirtschaft	72
17.2	Altlasten und Gewässerschutz	73
17.3	Naturschutz und Landschaftspflege	73
17.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	74
18.	Hochbau	74

Untergliederung der Aufgabenplanung nach Aufgabenfeldern

03	Aufgabenbereich des Ministeriums für Inneres und Sport	76
03.1	Polizei	76
03.2	Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	76
03.3	Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen	77
03.4	Vermessungs- und Katasterverwaltung	77
03.5	Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler	78
03.6	Sport	78
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	79
04	Aufgabenbereich des Finanzministeriums	80
04.1	Finanzverwaltung	80
04.2	Sonstige Aufgaben des MF	80
05	Aufgabenbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	82
05.1	Gesundheit	82
05.2	Jugend und Familie	83
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	85
05.4	Frauen	87
05.5	Städtebau und Wohnungswesen	87
05.6	Migration und Teilhabe	88
05.7	Sonstige Aufgaben des MS	89
06	Aufgabenbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur	90
06.1	Hochschulen	90
06.2	Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken	91
06.3	Kunst und Kultur	92
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	93
07	Aufgabenbereich des Kultusministeriums	95
07.1	Elementarbereich	95
07.2	Schule und Berufsausbildung	95
07.4	Sonstige Aufgaben des MK	97
08	Aufgabenbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	98
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	98
08.2	Arbeit und Qualifizierung	99
08.3	Bergbau, Energie und Geologie	100
08.4	Straßen	100
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	101
08.6	Seehäfen und Binnenschifffahrt	102
08.7	Sonstige Aufgaben des MW	103
09	Aufgabenbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	105
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz	105

09.2	Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft	105
09.3	Entwicklung des ländlichen Raumes	107
09.4	Fachverwaltungen	108
11	Aufgabenbereich des Justizministeriums	109
11.1	Gerichte und Staatsanwaltschaften	109
11.2	Justizvollzug	110
11.3	Sonstige Aufgaben des MJ	110
15	Aufgabenbereich des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz	111
15.1	Wasserwirtschaft	111
15.2	Abfälle und Altlasten	112
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	112
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	113
29	Querschnittsaufgaben	114
29.1	Zentrale Institutionen	114
29.2	Kommunaler Finanzausgleich	115
29.3	Zinsausgaben	116
29.4	Beamtenversorgung	116
29.5	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung	117
Teil III: Tabellen und Grafiken		119
1	Finanzierung der Ausgaberahenen	121
2	Entwicklung der Ausgaben und Ausgaberahenen	122
3	Struktur der Ausgaben	123
4	Grafik Struktur der Verpflichtungen und Ausgaberahenen	124
5	Übersichten über die Verpflichtungen	
5.1	Struktur der Verpflichtungen	125
5.2	Gemeinschaftsaufgaben	126
5.3	Verpflichtungen aufgrund von Bundesgesetzen	127
5.4	Verpflichtungen aufgrund von Landesgesetzen	129
5.5	Verpflichtungen aufgrund von Verträgen u.a.	131
5.6	Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen (VE) nach Einzelplänen	135
6	Struktur der Einnahmen	137
7A	Grafik Kreditaufnahmen und Schuldendienst	140
7B	Grafik Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln	141
8	Steuerschätzung 2016 bis 2020	142
9A	Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2016 bis 2020	143
9B	Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen 2016 bis 2020	149
10	Übersicht über die Gesamtausgaben	150
11	Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich	153
12	Übersicht über Personalausgaben, Beschäftigungsvolumen und Stellen	155
13	Ausgaben für Investitionen und investitionsfördernde Zuweisungen und Zuschüsse	171
14	Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen und Projekte öffentlich privater Partnerschaften	173

Hinweis: Abweichungen der Summen in den Tabellen durch Rundungen;
Teil II – Aufgabenplanung enthält auch Zahlungen aus Sondervermögen

Abkürzungen:

- RV = bestehende rechtliche Ausgabeverpflichtungen ("Rechtsverpflichtungen")
- NV = durch den Haushaltsplanentwurf erstmalig begründete Ausgabeverpflichtungen ("Neue Verpflichtungen")
- P = Ausgaben ohne rechtliche Verpflichtung ("Prioritäten")
- 0,0 = Betrag unter 50.000 EUR